

**2. Betriebsräte-Jahrestagung
der IG BCE - 17./18.11.2009**

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

Gute Arbeit kannst Du wählen
Gute Arbeit nur mit uns!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, euch zur 2. Betriebsräte-Jahrestagung der IG BCE zu begrüßen.

Die Betriebsräte-Jahrestagung ist wichtig für uns.

Auf einer solchen Tagung haben wir die Möglichkeit

- zum Erfahrungsaustausch,
- zum gegenseitigen Vernetzen und
- zur Erarbeitung von konkreten Positionen zu aktuellen Themen.

Es gibt eine Reihe von Fragen,
die uns in diesen Tagen betriebspolitisch bewegen und über die wir zu sprechen haben.

Wir befinden uns in einer Zeit nach der Bundestagswahl,
in einer Zeit kurz vor den Betriebsratswahlen,
in einer Zeit der immer noch andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise
sowie in einer Nachkongress-Zeit,
in der wir die positive Stimmung als Aufbruch und Signal weiter tragen wollen.

Also – es ist alles dabei:
Herausforderungen und Chancen!

Krise

Wir haben uns im letzten Jahr auf der Ersten Betriebsräte-Jahrestagung mit den beginnenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise beschäftigen müssen.

Zunächst eine Bilanz.

Was haben wir erreicht?

Wir können zu Recht als Erfolg verbuchen, dass in unserem Organisationsbereich durch unser Engagement ein Beschäftigungsabbau im großen Stil verhindert werden konnte.

Ihr habt euch Arbeitsplatz für Arbeitsplatz angeschaut, jeden Einzelfall geprüft und für Erhalt und Sicherung gekämpft. In der Regel mit Erfolg.

Geholfen haben auch die innovativen Elemente unserer Tarifverträge und Standortvereinbarungen.

Das hat noch einmal deutlich gemacht: Wir brauchen solche tarifpolitischen Regelungen. Sie haben ihren Wert bewiesen.

Wir werden die tarifpolitischen Instrumente künftig gemeinsam weiterentwickeln und ausbauen.

Ihr erinnert euch:

- Erst haben wir die Anzahl der Ausbildungsplätze tarifpolitisch gesichert,
- dann haben wir Kurzarbeitsaufstockungszahlungen
- und Standortsicherungen ermöglicht,
- und wir werden auch weiter tarifpolitisch kreativ sein.

Nicht nur, wenn es um Beschäftigungsfragen in Zeiten der Krise geht.

Voraussichtlich wird künftig die Rolle der Tarifpolitik bei der Lösung betriebspolitischer Fragen eine immer wichtigere Rolle spielen.

Aber auch durch unseren Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik der letzten Bundesregierung konnten wir einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate wurde uns allen geholfen, Beschäftigung zu sichern.

Es ist positiv, dass die neue Bundesregierung die 24-monatige Bezugsdauer auch weiterhin unterstützt.

Unsere Aufgabe wird es sein, die Unternehmen weiterhin in die Verantwortung zu nehmen, davon Gebrauch zu machen, um so Beschäftigung zu sichern.

Insofern ziehe ich zunächst eine positive Bilanz und eine vorsichtig positive Prognose für die Zukunft.

Ich möchte daran erinnern, dass wir darüber hinaus Anforderungen an die Regulierung der Finanzmärkte formuliert hatten.

Davon ist bisher nahezu nichts von der Politik umgesetzt. Das ist unverantwortlich.

Vieles spielt sich auf dem internationalen Paket ab. Hier muss die Bundesregierung endlich erheblich mehr Druck machen.

Wenn es nicht gelingt, grundlegende Änderungen auf den Kapitalmärkten durchzusetzen, die Nachhaltigkeit und reelle Wertschöpfung in den Vordergrund stellen, dann ist das Platzen der nächsten Finanzblase schon heute vorprogrammiert.

Leerverkäufe oder andere Luftnummern,

selbstherrliche Rating-Agenturen und spekulationshungrige Finanzinvestoren müssen im internationalen Finanzsystem an die Kette gelegt werden.

Anders funktioniert das nicht.

Auf unserem Kongress vor 4 Wochen haben wir hierzu eine Reihe von eindeutigen Beschlüssen gefasst.

Erste, kleinere Fortschritte haben wir auf dem Gebiet der Managervergütungen gemacht.

Neben dem Vorstandsvergütungsgesetz, das künftig die Vergütungsfrage der Vorstandsmitglieder im gesamten Aufsichtsrats und nicht nur kleinen Zirkeln klären soll, gibt es nach wie vor eine Diskussion über die Vergütung von Vorständen in Betrieben, die nur mit Hilfe staatlicher Unterstützung überleben konnten.

Diese Diskussion ist berechtigt.
Es führt kein Weg an ihr vorbei.

Denn wer zahlt zusammengerechnet die meisten Steuern?

Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Also, wer meint, sich mit staatlicher Unterstützung mit „Bonis“ und „Millionenvergütung“ die Taschen vollstopfen zu wollen, soll sich einen anderen Job suchen.

Zum verantwortungsvollen Führen eines Unternehmens ist er auf jeden Fall nicht geeignet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Eine weitere wesentliche Frage lautet:

Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang soll künftig Geld für in Schwierigkeiten geratende Unternehmen vom Staat zur Verfügung gestellt werden?

Zunächst muss klar sein, wir können nicht alles auf Pump finanzieren.

Es muss genauso klar sein, dass es darum geht, verantwortliches Handeln in der Wirtschaft zu fördern.

Nicht nur deshalb ein Wort zu Opel:

Nicht, um die vielen Kurven der Verhandlungen zu bewerten, sondern um die aktuelle Diskussion zu Recht zu rücken:

Das, was bei Opel jetzt passiert,
ist kein politisches Versagen:
es dokumentiert unternehmerisches Versagen.

Da wird wochenlang verhandelt, da werden Regierungen und Staatskredite möglich gemacht und am Ende sollen die Kredite fließen, aber alle anderen Zusagen sollen nicht mehr bindend sein.

So läuft das nicht!

Opel steht für die Automobilindustrie und die Zuliefererindustrie in Deutschland,
beide müssen unbeschadet aus der Krise hervorgehen.

Beide sind hoch innovativ, wettbewerbsfähig und für unseren Industriestandort Deutschland von zentraler Bedeutung.

Eines ist klar, bei Opel geht es nicht nur um die 25.000 Beschäftigten in den vier Werken, in Deutschland.

Denn wenn die Automobilindustrie
- obwohl sie wettbewerbsfähig ist -
in Deutschland keine Zukunft mehr hat,
dann trifft das auch die Automobilzulieferer.

Und das betrifft auch massiv unseren eigenen Organisationsbereich.

Deshalb, - aber nicht nur deshalb-,
sondern auch aus Solidarität
und weil es um den Industriestandort Deutschland geht,
erklären wir uns, erklärt sich die IG BCE
mit den Kolleginnen und Kollegen von Opel solidarisch.

Wir haben das bereits vor wenigen Tagen auf der Bundesvorstandsitzung des DGB getan.

Aber auch von dieser Betriebsräte-Jahrestagung wollen wir ein deutliches Signal senden.

Auch für uns gilt: „Wir sind Opel“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Manager haben sich an Zusagen zu halten und sich nicht aufzuführen, als würde sich die Welt nur um sie drehen.

Noch immer kommt es entscheidend darauf an, die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erst einmal zu überbrücken, so gut es geht.

Notwendig ist deshalb nicht nur ein belastbarer Schutzschirm für Unternehmen,

notwendig ist ein mittelfristig angelegtes Sofortprogramm gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit.

Es muss schnell auf den Weg gebracht werden.

Ein bewährtes Instrument, das wir in diesem Zusammenhang gut kennen und das sich bewährt hat, läuft 2009 aus:

Ich spreche von der Altersteilzeit.

Es macht wirklich keinen Sinn, ausgerechnet in der Krise auf die Möglichkeiten der Altersteilzeit zu verzichten.

Deshalb fordern wir die Fortschreibung der Altersteilzeit, als eine befristete Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt in den Betrieben.

Wir erwarten von der Politik, dass sie nicht tatenlos zusieht, wenn junge Menschen zu Zehntausenden um ihre Zukunftschancen gebracht werden.

Und deswegen werden wir bei der Altersteilzeit nicht locker lassen.

Ich möchte deshalb ein neues Instrument ansprechen:

Es ist die Möglichkeit, Ausgelernte - wenn nötig - in Kurzarbeit Null einzustellen.

Das hat die alte Bundesregierung noch auf den Weg gebracht.

Jetzt müssen wir die Unternehmen dazu bringen, die jungen Leute tatsächlich in Kurzarbeit NULL zu übernehmen, wenn es sonst keine Beschäftigungsmöglichkeit im Unternehmen geben sollte.

Wir brauchen darüber hinaus, Instrumente für zusätzliche Ausbildungsplätze und für die Übernahme nach der Ausbildung.

Deshalb wiederhole ich den Vorschlag, eine Ausbildungsprämie von einmalig 5.000 Euro einzuführen.

Damit können Unternehmen gefördert werden, wenn sie eine Ausbildungsquote von 4,5 Prozent überschreiten und dabei ihre Ausbildungskapazitäten halten.

Oder, wenn sie erstmalig Ausbildungsplätze bereitstellen.

Die erforderlichen Mittel sollten von den Unternehmen aufgebracht werden, die unter dieser Ausbildungsquote liegen.

Zur Umsetzung dieses Vorschlags müssen die Firmen durch den Gesetzgeber in die Verantwortung genommen werden:

Die Unternehmen müssen handeln und die Politik muss handeln.

Wir brauchen die bestmögliche Ausbildung für alle jungen Frauen und Männer.

In Zeiten der Krise ist es zudem angebracht, Unternehmen zu fördern, wenn sie ihre ausgelernten Auszubildenden unbefristet einstellen.

Wir appellieren an den Gesetzgeber, die Einstellungsbereitschaft mit einer befristeten Prämienlösung zu unterstützen.

Wir erwarten, dass sich die neue Bundesregierung mit diesen Vorschlägen ernsthaft befasst.

Wir haben unsere Anregungen eingebracht.

Jetzt müssen Antworten und Entscheidungen her, und die werden wir von Politik und Arbeitgebern einfordern.

Ich habe der Kanzlerin auf dem IG-BCE-Kongress die Schaffung eines „Rates für verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft“ vorgeschlagen.

Sie hat diesen Gedanken aufgegriffen.

Wir wollen mal sehen, wann und wie der Vorschlag umgesetzt wird.

Unseren konstruktiven Beitrag haben wir damit dokumentiert.

Aber damit auch klar ist,
wir sind nicht die, die immer nur warten:
Wir handeln auch!
Wir wissen was wir wollen!

Und nach unserem Verständnis ist das, was wir gemeinsam in der IG BCE entwickelt haben, sozial gerecht und zum Wohl der Gesellschaft. Alle Seiten müssten ein Interesse daran haben, in den Dialog einzusteigen.

Beim nächsten Treffen mit der Kanzlerin werde ich nachfragen und dies ausdrücklich unterstreichen.

Schwarz-gelbe Bundesregierung

Schwarz-gelb hat ihre Koalitionsvereinbarung unter Dach und Fach. Kanzlerin und Minister haben ihre Regierungserklärungen abgelegt.

Auch will ich an die Kanzlerin und ihren Kongressauftritt erinnern:

Sie hat klare Aussagen zur Mitbestimmung und zum Kündigungsschutz gemacht.

Das haben wir begrüßt.

Inzwischen liegt auch der Koalitionsvertrag vor.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass der Vertrag mit dem Titel „Wachstum, Bildung, Zusammenarbeit“ ein vages Konsenspapier ist, das sich durch viele unbestimmte Formulierungen auszeichnet.

Am Ende bleibt viel Raum für Interpretation.

Aber, so ist das im politischen Geschäft.

Wir wissen, was *wir* wollen.

Ob jeder bei Schwarz-gelb an einem Strang zieht, und dann noch in die richtige Richtung, daran habe ich so meine Zweifel!

Eine meiner Befürchtungen ist, dass der ambitionierte neue Gesundheitsminister Rösler in eine falsche Richtung denkt und lenkt.

Er will gleiche Krankenversicherungsbeiträge für alle: Ob Putzfrau oder Manager.

Das ist unsozial und ungerecht.

Das würde den endgültigen Bruch des Paritätsgedankens im deutschen Gesundheitswesen bedeuten.

Das kann unsere Zustimmung nicht finden.

Das machen wir nicht mit!

Wir stehen für ein Gesundheitswesen:

- das allen Bürgerinnen und Bürgern bestmögliche Leistungen bietet,
- unabhängig vom jeweiligen Einkommen,
- wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin,
- wir müssen den Trend zur schleichenden Privatisierung stoppen,
- am besten mit einer Bürgerversicherung für alle.

Wir fordern auch für die Zukunft die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr wisst, welche Bedeutung wir einer zukunftsorientierten auf Innovation setzenden Industriepolitik zumessen.

Richtig ist, dass wir in Deutschland Wachstum haben müssen. Diese Einschätzung teilen wir mit der neuen Bundesregierung.

Aber die entscheidende Frage ist, wie neues Wachstum entstehen kann. Für uns ist klar, dass damit Technologiefelder gemeint sind, die innovationsträchtig sind und Chancen für neue Arbeitsplätze eröffnen. Notwendig sind beispielsweise gute Rahmenbedingungen für die Bio- und Gentechnologie oder die Nanotechnologie.

Wir brauchen in Deutschland eine bessere Forschungsförderung und ein höheres Maß an Akzeptanz von Industrie und Technologie.

Von diesen Maßnahmen können große Wachstumsimpulse ausgehen.

Die IG BCE wird ihren Beitrag dazu leisten.

Wir wollen mit einer modernen Industrie- und Technologiepolitik die Voraussetzungen für Arbeit und Wohlstand in unserem Land schaffen, die auch nachhaltig sind.

Unsere Hochleistungswirtschaft darf darüber hinaus nicht dadurch geschwächt werden, indem an sich wettbewerbsfähige Unternehmen zerschlagen, verkauft oder verlagert werden.

Kongress und Zeit danach:

Der Kongress war nicht nur für mich, sondern für uns alle ein sichtbarer Erfolg.

Wir haben gute Entscheidungen getroffen, Geschlossenheit gezeigt und das auch einer breiten Öffentlichkeit demonstriert.

Das macht uns stark und gibt uns Durchsetzungskraft.

Die Antragsberatung hat gezeigt:

Wir wissen, was wir wollen.

Jetzt ist die Zeit dafür, diese Impulse fortzuführen und im Alltag umzusetzen.

Wir werden „alte“ Themen neu bewegen und werden neue Schwerpunkte setzen.

Ein Schwerpunkt war und wird der Betrieb sein:

Betrieb und Arbeit sind aus Sicht der Beschäftigten zentrale Punkte der Gewerkschaftsarbeit.

Hier ist der Ausgangspunkt für die Wahrnehmung und Beurteilung des Erfolgs der Interessensvertretung und der Organisation
- also des Betriebsrates und der IG BCE.

Hier müssen wir immer wieder aufs Neue beweisen, dass wir kompetent, leistungsstark und durchsetzungsfähig sind.

Betriebspolitik ist für uns mehr als die kompetente Unterstützung von Betriebsräten durch Hauptamtliche.

Aus diesem Grund haben wir nach dem Kongress damit begonnen, grundlegende strukturelle Fragen neu zu beantworten.

So werden wir künftig neben einer neuen Abteilung Zielgruppen auch eine neue Abteilung Betriebspolitik haben.

Sie wird bei mir im Vorstandsbereich verankert sein.

Mit der Abteilung Betriebspolitik wollen wir zukünftig noch koordinierter Themen aufbereiten; wir wollen sie gemeinsam mit euch im Betrieb umsetzen, um den betrieblichen Anspruch weiter auszubauen.

Wir wollen das zukünftig noch differenzierter nach Branchen, Betriebsgrößen und Beschäftigtenstrukturen machen.

Wir wollen noch passgenauer die gegenwärtigen und kommenden betrieblichen Themen bearbeiten.

Bei der Betriebspolitik geht es also nicht darum, ein neues Dach für eine weitere neue Kampagne zu platzieren.

Vielmehr dokumentiert die Betriebspolitik unseren Anspruch, die betriebliche Realität zu kennen und die Notwendigkeit, professionell zu handeln.

Kurz gesagt, wir wollen gemeinsam mit euch, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten,
mit den richtigen Themen und zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein.

Das Ziel: Die beste Unterstützung für die tägliche Arbeit im Betrieb, an den Arbeitsplätzen sicherstellen.

Wenn uns das zukünftig noch besser gelingt, werden wir alle gewinnen.

Nämlich: Profil, Anerkennung und Unterstützung,
auch von denen, die bisher uns gegenüber skeptisch eingestellt waren.

Damit ist die Botschaft klar, die wir gemeinsam vermitteln müssen:

Gute Arbeit gibt es in unseren Branchen nur durch Betriebsräte und die IG BCE und nur durch Mitbestimmung und Teilhabe der Beschäftigten.

„Gute Arbeit“ ist eins der wichtigsten Themen, unserer gemeinsamen betriebspolitischen Arbeit. Dabei geht es nicht darum, nur einfach ein Thema zu besetzen:

„Gute Arbeit“ ist mehr.

Wenn wir die Anforderungen guter Arbeit definieren und die Beschäftigten sehen, dass wir der Garant für gute Arbeit sind, dann ist das der Schlüsselfaktor für den künftigen betriebspolitischen Erfolg.

Wir wollen deshalb die Betriebsratswahl 2010 dazu nutzen, das Thema und den Anspruch, den wir damit verbinden, in die Betriebe zu tragen.

Deshalb lautet das Motto der kommenden Betriebsratswahl:

„Gute Arbeit kannst du wählen“

Damit ist auch unsere Botschaft klar:

Wir gestalten „Gute Arbeit“. Wir haben dazu schon vieles auf den Weg gebracht:

Mit unseren Tarifverträgen zur Aus- und Weiterbildung,

- mit der „Offensive Bildung“,
- mit unserer Kampagne zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- mit dem neuen Demographie-Tarifvertrag.

Das müssen wir gemeinsam immer wieder deutlich machen.

Das müssen wir für uns in Anspruch nehmen!

Als IG BCE haben wir das gemeinsame Ziel, Orientierung und Positionierung für aktuelle und künftige Themen zu setzen und zu vermitteln.

Im nächsten Jahr werden wir auch wieder Antworten auf konkrete Fragen der Beschäftigungssicherung geben müssen.

Gleichzeitig müssen wir auch schon jetzt den Blick in die Zeit nach der Krise richten.

Wir haben nämlich erleben müssen, dass Unternehmen vor allem Unbefristete und Zeitarbeitnehmer – wie es so schön heißt – „freigesetzt“ haben.

Sicher, das hat hier und da auch mal etwas den Druck von der Stammebelegschaft genommen.

Wir nehmen allerdings Tendenzen wahr, prekäre Beschäftigungsverhältnisse erheblich auszuweiten.

Das wäre eine bedrohliche Entwicklung:

Nicht nur für die Betroffenen selbst.

Das hätte erhebliche Konsequenzen für die Durchsetzungsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte.

Und das hätte zugleich empfindliche Auswirkungen auf die Stärke der Gewerkschaft in den Betrieben.

Alles das entspricht im Ergebnis übrigens auch nicht unserer Vorstellung von Guter Arbeit.

Wir werden daher schon heute daran denken müssen, wie wir dieser vorhersehbaren Entwicklung entgegenreten können.

Dazu gehört beispielsweise, dass wir in unserer Arbeit die beteiligungsorientierten Strukturen weiter stärken. Ein Stichwort, das ihr alle kennt, heißt Zielgruppenarbeit.

Wir müssen Lösungen und Strukturen finden, die die Beschäftigten im Betrieb näher einbinden und attraktive Möglichkeiten der Beteiligung bieten.

Nur so werden wir nachhaltig unseren betrieblichen Gestaltungsanspruch sichern.

Es bleibt dabei - Die Botschaft muss lauten:

Eine gerechte, nachhaltige Veränderung im Betrieb gibt es nur mit uns: der IG BCE, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten der IG BCE.

Dabei ist klar:

Die Betriebsrätearbeit ist dynamisch und die Arbeit der Organisation ist dynamisch, weil wir uns in einem dynamischen Umfeld bewegen.

Von daher müssen wir immer wieder gemeinsam neue Antworten und Arbeitsformen finden.

Das zeigt auch die Ausstellung am Rande der 2. Betriebsräte-Jahrestagung.

In der Praxis geht es beispielsweise um digitale Arbeitsmittel.

Sie werden schon jetzt immer öfter in die Betriebsratsarbeit integriert.

Wir haben in Kooperation mit dem Bund-Verlag bereits reagiert und seit über einem Jahr die IG-BCE-Edition von „Betriebsratswissen-Digital“ erstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In der Vergangenheit haben wir viel über die Betriebsratsarbeit im Wandel diskutiert.

Meine Einschätzung ist, wir sind im „Jetzt“ angekommen.

Aber das heißt nicht, dass wir uns ausruhen dürfen.

Wir müssen dranbleiben, damit wir auch weiterhin auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln und handeln können.

Wir wollen und werden unsere betriebspolitische Gestaltungskraft einbringen.

Betriebsratswahlen 2010:

Hieran schließt sich nahtlos die Bedeutung der Betriebsratswahlen 2010 an.

Ulrich Freese wird morgen dazu seine Ausführungen machen.

Ich möchte heute meine Perspektive auf die übergeordnete organisationspolitische Bedeutung richten:

Das Ergebnis der Betriebsratswahl 2010 wird über unsere gemeinsame betriebspolitische Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft der nächsten vier Jahre entscheiden.

Dazu brauchen wir hoch motivierte und überzeugte Betriebsräte, die Mitglied in der IG BCE sind.

Männer wie Frauen. Erfahrene und gewerkschaftlichen Nachwuch.

Deshalb wird im nächsten Jahr eine Zahl für uns wichtig sein:

Wir wollen nicht nur in allen Betrieben wieder Betriebsratsgremien haben.

Wir wollen vor allen Dingen wieder als IG BCE mindestens 80 Prozent der Betriebsräte stellen.

Damit das so wird, möchte ich die Botschaft noch einmal wiederholen:

Gute Arbeit gibt es in unseren Branchen nur mit uns!

Lasst und dafür werben,

lasst uns auch dafür kämpfen.

Ich wünsche uns eine erfolgreiche Zweite Betriebsräte-Jahrestagung.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Ein herzliches Glückauf!